

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/130

11. Juli 1972

Der Brückenschlag geht weiter

Zum Verhältnis zwischen Katholischer Kirche
und SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 / 40 Zeilen

Mangel an demokratischem Selbstverständnis

Minister- und Staatssekretär-Wechsel sind
keine Sakrilege

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

Ein Papier voller Unstimmigkeiten

Fakten zum Entwicklungshilfesteuern-Gesetzent-
wurf der CDU

Von Brigitte Freyh MdB
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundes-
ministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Der Brückenschlag geht weiter

Zum Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Münchens Kardinal Dr. Julius Döpfner hat im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der SPD das Bild von einem Brückenschlag gebraucht, der mit der Verabschiedung des Godesberger Programms begonnen hat. Ungeachtet mancher Schwierigkeiten oder auch Mißverständnisse, wobei man sich auch nicht durch Störversuche oder Fehlinformationen beirren lassen sollte, bestätigt sich danach: Nur ständige Arbeit kann dieses Werk weiter voranbringen. Die Notwendigkeit dazu bleibt auch in Anbetracht der Tatsache bestehen, daß die katholische Kirche vor der ständigen Aufgabe steht, die Kommunikation auch zu anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppen aufrechtzuerhalten oder herzustellen.

Mit dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Kardinal Julius Döpfner am 30. Juni 1972 in München ist nicht nur ein Besuch des Kardinals beim Bundeskanzler erwidert worden; vielmehr sind auch einmal alle die Fragen besprochen worden, die einer persönlichen Erörterung bedürften. Das Gespräch fand in einer vertrauensvollen Atmosphäre gegenseitiger Achtung statt und hat sicher zur Klärung mancher offener Fragen beigetragen. Jetzt kommt es entscheidend darauf an, in der sachlichen politischen Argumentation die sozialdemokratischen Vorstellungen verständlich und glaubwürdig darzustellen. Den katholischen Arbeitnehmern sollte noch deutlicher werden, daß die SPD nicht nur ihren Glauben respektiert, sondern auch im Sinne der katholischen Soziallehre politisch wirkt. Die Vollendung des Brückenschlages ist notwendig und wird große Möglichkeiten für die Zukunft eröffnen.

Nach der Verabschiedung der Ostverträge besteht die große Chance, daß die katholische Kirche mit besonderer Aktivität vor allem an der Verbesserung des Verhältnisses zu Polen mitarbeiten kann. Die Äußerung von Kardinal Döpfner in diesem Zusammenhang in einer Ansprache vor einer polnischen Znak-Gruppe im Juni dieses Jahres in München hat besondere Aufmerksamkeit gefunden.

Es wäre gut, wenn auch beispielsweise den Mitgliedern der SPD in katholischen Verbänden verstärkt die Möglichkeit geboten würde, an maßgeblicher Stelle mitzuarbeiten, daß die Mitgliedschaft von Katholiken in der SPD also keine Erschwernis ihrer kirchlichen Tätigkeit sein würde. Selbstverständlich muß auch die SPD dafür sorgen, daß Katholiken in der SPD das Gefühl haben, bei der Mitarbeit willkommen zu sein. (-/ee/11.7.1972/bgy)

+ + +

Mangel an demokratischem Selbstverständnis

Minister- und Staatssekretär-Wechsel sind keine Sakrilege

Die Auswechslung von Regierungen, Ministern und Staatssekretären mitten im Amtslauf ist keine typische Eigenheit totalitärer Regime. Ein solcher Austausch gehört in jeder Demokratie zur normalen Selbstverständlichkeit. Die Zahl der Regierungen und Minister, die z.B. in den USA, in Großbritannien und in Frankreich abberufen und durch andere Regierungen und Minister ersetzt worden sind, ist überaus groß. Und kein Politiker und kein anderer Bürger dieser Staaten erregt sich über Gebühr, hält den Vorgang für eine Sünde wider den Geist der Demokratie oder sieht Demokratie und Staat im Chaos untergehen.

Amerikaner, Briten und Franzosen haben ein so gesichertes Verhältnis zur Demokratie, gewiß: zu ihrer Demokratie, daß sie solche Wechsel oder Veränderungen als völlig normal und sicher auch notwendig bewerten. Kein Amerikaner, kein Brite und kein Franzose käme auf den Gedanken, den Posten eines Ministers oder eines Staatssekretärs als lebenslänglichen Auftrag anzusehen, oder dem jeweiligen Amtsinhaber gar ein verbrieftes Recht auf Lebenszeiten zuzubilligen, gegen das zu verstoßen, einem Sakrileg gleichkäme, und was den Betroffenen so wenig zuzumuten sei, daß sie dann gleich mit Krach und Donner sogar aus ihrer Partei austreten könnten. Was diese im übrigen leicht verschmerzen kann.

Von dieser Position aus sehen die Bürger der demokratischen Weststaaten nach Deutschland und verfolgen mit ungläubigem Staunen das Geschrei und den Lärm, den eine sich als demokra-

tisch einstufoende Opposition aus CDU und CSU über die Auswech-
sel-Vorgänge in der sozialliberalen Regierung vollführt. Das
Erstaunen dieser amerikanischen, britischen und französischen
Demokraten ist nicht geringer bei der Beobachtung der bundesre-
publikanischen Presse, die sich sogar in Bereichen, die nicht
dem CDU-Einfluß zuzurechnen sind, von diesem CDU/CSU-Geschrei
beeinflussen, ja oft sogar anstecken läßt. Jedes Gespräch mit
westlichen Nachbarn läßt einen betroffen werden, wenn man de-
ren hartes Urteil über das mangelnde Demokratieverständnis in
der BRD hören muß. Wahlkampf, Parteiengezänk: All das ist noch
begreiflich, aber das hemmungslos werdende Überschwappen in
Weltuntergangsgeschrei droht uns Bundesrepublikaner insgesamt
in einen Geruch zu bringen, den wir einfach nicht verdient haben.

Diese warnenden Feststellungen werden bei Presseorganen
wie bei den Springer-Blättern und dem ihnen wesensverwandten
"Bayernkurier" zweifellos nichts ausrichten können. Der Auf-
trag, unter dem diese Zeitungen zum Zermürbungskampf gegen
die SPD/FDP-Koalition und gegen die Brandt/Scheel-Regierung
angetreten sind, verbietet Objektivität und Sachlichkeit von
selbst. Aber noch ist die Bundesrepublik nicht identisch mit
Strauß und Springer, und die Vernunft sollte ihre Herrschaft
über die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Presse sowie
über die öffentliche Meinung in der BRD und in Westberlin nicht
verloren haben. Niemand sollte vergessen, daß die Alternative
zu Brandt und Scheel im Endergebnis nicht Barzel und Katzler,
sondern Strauß und Springer sein muß. Wer diesen drohenden
Tatbestand auch nur minutenlang vergißt, der hilft mit, daß
die Demokratie in der Bundesrepublik verkümmert. Und dann kann
keiner mehr kommen und darf sagen, er habe das nicht gewußt
und nicht gewollt.

(ee/ee/11.7.1972/bgy)

+ + +

Ein Papier voller Unstimmigkeiten

Fakten zum Entwicklungshilfesteuern-Gesetzentwurf der CDU

Von Brigitte Freyh MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Opposition, genauer gesagt: ihr Schatzmeister und gelegentlich entwicklungspolitischer Sprecher Walther Leisler Kiep, hat die mit dem Beginn der Sommerpause vermutete Nachrichtenflaute mit einem neuen Vorstoß in Sachen Entwicklungshilfesteuerngesetz zu nutzen gesucht. Angesichts der nun seit Monaten nichtendenwollenden Ermahnungen, Enthüllungen und Unterstellungen gegenüber der Bundesregierung ist die Frage angebracht, wie viele Pflichtübungen die einschlägigen "Unions"-Vertreter in dieser Sache noch machen müssen, und was dabei der Sorge um die Entwicklungsländer entspringt. Es soll hier nicht noch einmal dargelegt werden, welche Einwände aus entwicklungspolitischer Sicht gegen das Entwicklungshilfesteuerngesetz in seiner gegenwärtigen Form - und damit auch gegen den nun vorgelegten CDU/CSU-Entwurf - sprechen.

Drei Punkte scheinen mir an dem neuen Kiep-Papier aber bemerkenswert:

Zum ersten: Das Berliner Programm der CDU, "welches eine Förderung von Privatinvestitionen aus öffentlichen Mitteln nur vorsieht, wenn diese den entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland entsprechen", wird nur in der Einleitung erwähnt und soll sich in "einigen zu ändernden Punkten" niederschlagen. Das einzig Greifbare ist dann, daß "ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen dem Betrieb des Investors und der Kapitalanlage bestehen soll" (Ausnahmen zugelassen) - ein Feigenblatt, weil man den schönen Worten im Berliner Programm offenbar selbst nicht traut.

Als zweites ist hervorzuheben, daß abhängige Gebiete nicht in den Länderkatalog aufgenommen werden sollen, weil "die Förderung der abhängigen Gebiete Aufgabe der Mutterländer ist..." Die Begründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine Änderung sei im Hinblick auf die Resolutionen der Vereinten

Nationen erforderlich, sei nicht stichhaltig. Die Resolutionen seien nämlich gegen den Widerstand aller westlichen Industriestaaten gefaßt worden.

Zunächst einmal zeugt diese Begründung von einem merkwürdigen Verständnis vom Wert der Entscheidungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Zum anderen ist verwunderlich, daß die CDU/CSU-Fraktion, ohne in diesem Zusammenhang zu einer solchen Stellungnahme gezwungen zu sein, die Abhängigkeit der betroffenen Gebiete von ihren "Mutterländern" ohne Einschränkung anerkennt. Schließlich drängt sich der Verdacht auf, daß die Union beabsichtigt, in diese Gebiete Wirtschaftshilfe zu leiten - unter Beachtung der richtigen "Zuständigkeiten". Die Opposition sieht für abhängige Gebiete nur eine Besonderheit: daß die Förderung Aufgabe der "Mutterländer" ist. Ob den "Mutterländern" dabei geholfen werden soll, wird nicht ausdrücklich gesagt. Aber das Bedauern, daß die staatliche Entwicklungshilfe in diesen Gebieten nicht präsent ist, wird spürbar. Hier erinnert man sich unwillkürlich an die Reisen eines potentiellen Wirtschaftsministers in diese Gebiete und der Äußerungen, die er bei dieser Gelegenheit getan hat.

Den dritten Punkt, der den Gesetzgeber betrifft, wird die Opposition als technische Panne sicher schnell von sich schieben wollen. Unter § 8 soll folgende "Ermächtigung" erteilt werden: "Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut dieses Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung mit neuem Datum, unter neuer Überschrift und in neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen".

Diese Idee der Gesetzgebung durch den Finanzminister ist wohl beispiellos. Oder soll die "jeweils geltende Fassung mit neuem Datum" bedeuten, daß die Verlängerung, die jetzt so viel Sorgen bereitet, künftig mit weniger Aufwand erfolgen soll? "Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen", wäre allerdings eine lohnende Aufgabe - im Entwurf der Opposition. (-/ee/11.7.1972/bgy)